



Rubrik vom 31. März 2011 (Lokalinfo)

Gewerbeverband der Stadt Zürich

Arbeitsplätze sollten nicht Geschmackssache sein

Man kann verschiedene Meinungen darüber haben, was in eine Stadt gehört. Momentan im Trend sind Velos und Velowege. Oder Kunst und Kultur. Das Gewerbe setzt naturgemäss andere Schwerpunkte, zum Beispiel Parkplätze und Erreichbarkeit. Obwohl die Interessen verschieden liegen, dachten wir – zumindest bisher – dass Arbeitsplätze und Lehrstellen über alle Parteigrenzen hinweg wünschbar sind. Doch das Beispiel einer Zahnarztpraxis zeigt: Auch Arbeitsplätze sind offenbar «Geschmackssache».

Wieviel Tageslicht braucht ein Zahnarzt?

Die Geschädigten sind Sara und Christoph Hürlimann, immerhin «Unternehmer des Jahres 2010». Sie wollten an der Talackerstrasse eine Grosspraxis für Zahnmedizin eröffnen. Von Behördenseite würde man da eigentlich ein «ja, bravo» erwarten. Stattdessen folgte ein Behördengeplänkel, das sechs Monate dauern sollte. Zentral dabei war die Frage des Tageslichts (obwohl viele Verkäuferinnen praktisch immer im Kunstlicht arbeiten!). Vier höhere Verwaltungsmitarbeiter, ein Rechtsanwalt und ein Architekt brüteten über verschiedenen Layoutvarianten. Dann schliesslich die Einigung mit dem Amt. Traktandum «Tageslicht» schien geknackt. Man solle das Baugesuch noch einmal beantragen, diese Variante würde dann bewilligt.

200'000 Franken Vorinvestitionen vernichtet

Während die Verwaltung auf Kosten der Steuerzahlenden diese gewichtigen Fragen erörtern, ist das Prozedere für das Zahnarzt-Ehepaar Hürlimann sehr teuer. Der Mietzins an der Talackerstrasse beläuft sich auf gut 20'000 Franken im Monat. Arbeitsverträge kann man auch nicht von heute auf morgen abschliessen. Zeit ist hier wirklich Geld. Aber dieses nimmt man klaglos auf sich, wenn man nur endlich handeln könnte! Zwei Monate später flattert Post vom Bauamt ins Haus: Das Baugesuch wird verweigert.

Behördliche Zusagen, die nichts wert sind

Das Resultat aus dem Debakel: 25 Arbeitsplätze werden nicht geschaffen, 3 Lehrlinge werden nicht ausgebildet, 2 Millionen Folgeinvestitionen für die Zahnarztpraxis werden nicht getätigt. Und ein verheerendes Signal an die Unternehmen: Probiert bloss nicht in Zürich etwas auf die Beine zu stellen! Würden die CS und die UBS nicht so grosszügig den Steuertopf füllen, würde man wohl nicht so abheben. Aber der Gewerbeverband will nicht, dass wir nur noch eine reine Banken- und Versicherungsstadt werden. Wir danken Ihnen deshalb, wenn Sie am 3. April 2011 KMU-freundliche Politiker/innen wählen!

Richard Späh, Präsident
Gewerbeverband der Stadt Zürich
www.gewerbezurich.ch